

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221.

Montag, den 21. September 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Mahnwort!

Mit verstärktem Eifer bemüht sich die bürgerliche Presse, neue Abonnenten zu gewinnen. Es ist vor allem die „parteilose“ Presse, die sich in aufdringlicher Weise an die arbeitende Bevölkerung herandrängt, um sie durch allerlei Lockmittel zu ködern. Das ist vor allem der niedrige Abonnementspreis, der verlockend wirken soll. Und leider gibt es auch noch genügend Arbeiter, die sich hierdurch ködern lassen.

Besonders in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges ist dieses der Fall. Der geringe Verdienst, der dann erzielt wird, verleitet manchen Arbeiter zum Abonnement auf das „billige“ bürgerliche Blatt. Dabei wird nicht gedacht der schweren geistigen und sittlichen Schäden, die aus der regelmäßigen Lektüre der parteilosen oder richtiger der Sensationspresse dem Leser erwachsen. Statt also das eigene Organ, die

Arbeiterpresse

zu unterstützen, wird die Macht des gefährlichen Gegners gestärkt. Stellt man dann die betreffenden Arbeiter zur Rede, dann wird immer auf den teuren Abonnementspreis des Arbeiterblattes verwiesen, der ihnen das Abonnement unmöglich mache. In der Regel sind dies nur Verlegenheitsausreden, denn oft genug konnte beobachtet werden, daß jene Arbeiter trotz ihres geringen Verdienstes immer noch unnütze Ausgaben zu machen in der Lage waren.

Solchen Arbeitern fehlt leider noch das Klassenbewußtsein, ihnen fehlt das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit ihren Klassengenossen. Und hieraus resultiert auch die Interessenlosigkeit gegenüber dem politischen Leben, gegenüber den Angelegenheiten der eigenen Klasse. Die regelmäßige Lektüre der bürgerlichen Sensationspresse muß selbstverständlich diese Interessenlosigkeit noch steigern. Tag für Tag werden da den Lesern wahre Schauererzählungen über den gewaltigen Klassenkampf des Proletariats aufgeschicht. Die eigenen Klassengenossen werden so den Arbeiterlesern als der Inbegriff alles Schlechten und Gemeinen vor Augen geführt.

So bringt auch die bürgerliche Presse Lübecks regelmäßig Notizen aus dem Gebiete der Arbeiterbewegung, die den berüchtigten Korrespondenzblättern des Reichsverbandes entnommen sind. Was da an Entstellung der Tatsachen geleistet wird, das kann freilich nur der erfassen, dem die Möglichkeit geboten ist, diese Schwindelnotizen auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

Und eine solche Kost lassen sich Arbeiter vorsetzen, ohne hiergegen zu protestieren. Sie empfinden nicht die Schmach der Besudelung ihrer eigenen Klasse. Vielleicht auch urteilen sie in ihrem Innern nicht anders. Wollten doch jene Arbeiter endlich erkennen, was für eine traurige Rolle sie in der heutigen Zeit spielen, in einer Gesellschaft, wo das Proletariat von allen Seiten bedrängt wird. Jene Arbeiter befinden sich in der Rolle der Verräter, die die eigene Macht schwächen, um die Position des Gegners zu stärken.

Es ist deshalb Pflicht aller klassenbewußten Arbeiter, solche im Feindeslager stehende Arbeiter über ihr verwerfliches Tun aufzuklären. Jede sich nur bietende Gelegenheit muß zur Agitation für die Arbeiterpresse benutzt werden, denn das ist heute mehr denn je notwendig.

Für Lübeck kann nur der

„Volksbote“

als einziges Organ in Betracht kommen, das die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. In rückwärtsloser und kraftvoller Weise deckt er die Schäden der heutigen Gesellschaft, die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise auf, unter denen die Arbeiterklasse so schwer zu leiden hat. Angesichts dieser Tatsache sollte kein Arbeiter mehr Abonnent der bürgerlichen Presse sein. Hinaus damit aus dem Hause und herein ins Haus mit dem treuesten Bundesgenossen der Arbeiterklasse, der heißt:

„Lübecker Volksbote“

Wer ist schuld?

Die schwere Finanznot, in der sich das Deutsche Reich wieder befindet, hat auch in „staatserkaltenden“ Kreisen zur Erkenntnis geführt, daß es „so nicht weitergehen kann“, das heißt, daß nichts damit getan ist, neue Steuern

zu finden, sondern daß unser Finanzwesen auf eine andere Grundlage gestellt werden muß. Sogar die offiziöse Veröffentlichung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ sprach davon, daß „äußerste Sparsamkeit“ endlich in unsere Finanzwirtschaft einkehren müsse. Freilich, wie diese offiziöse Sparsamkeit aussehen wird, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man liest, daß die „Nordd. Allgem. Ztg.“ nur einige Ersparnis an Bauten und an Beamtengehältern vorzuschlagen weiß, dagegen naiv versichert, daß an den militärischen Ausgaben nichts gespart werden soll. Riegt es doch auf der Hand, daß alle Ersparnis ein Tropfen auf dem heißen Stein bleiben muß, so lange sie nicht in erster Reihe sich auf die Militärausgaben erstreckt, die z. B. im diesjährigen Etat wieder rund die Hälfte aller Einnahmen des Reiches (1265 von insgesamt zirka 2600 Millionen) verschlingen. Was nützen die paar Millionen, die allenfalls durch billiges Bauen und durch die Beseitigung überflüssiger Beamten erspart werden können, wenn der Militäretat mit seinen weit über 1000 Millionen fortfährt, die tiefsten Lächer in den Reichsbeutel zu reißen! Wobei überdies nicht vergessen werden darf, daß bei den bekannten Gepflogenheiten unserer Regierungen jede Einschränkung der Beamtengehälter sozial im höchsten Maße bedenklich ist; denn die hohen Beamten sind es sicherlich nicht, bei denen man sparen wird. Im Gegenteil, sollen doch die preussischen Regierungspräsidenten, die schon 12—15 000 Mark im Jahre beziehen, zur standesgemäßen Lebenshaltung eine „Repräsentationszulage“ von 3000 Mk. erhalten. Der Geist aber, der in Preußen weht, der weht auch im Deutschen Reich. Und so können wir es erleben, daß die versprochene Ersparnis nur die knappen Einkünfte der mittleren und unteren Beamten noch mehr einschränkt, indes die hohen und höchsten Tausende erhalten, um würdig repräsentieren zu können.

Die Erkenntnis, daß jede wirkliche Ersparnis bei den Militärausgaben anfangen muß, ist nur das Ergebnis eines einfachen Rechenexempels. Da Not an Mann ist, geht sie also auch den bürgerlichen Politikern auf. Das Zentrum, das jahrzehntelang regierende Partei war und das ungeheuerliche Anwachsen der Militärausgaben mit verschuldet hat, tut jetzt „als wenn es aus einem langen Schlaf aufwacht“, spielt den Erstaunten und forscht mit ernster Miene — wie es dem geübten Komödianten ziemt — wer denn eigentlich schuld daran sei. Dabei ist die „Königliche Volkszeitung“ auf den drohlichen Einfall geraten, die Schuld dem Kaiser persönlich aufzuhalsen! Sie schreibt:

„Es muß im gegenwärtigen ernstlichen Augenblicke offen ausgesprochen werden, daß auch die unerwünschte Gestaltung der Reichsfinanzen zum guten Teil auf das direkte Eingreifen der obersten Kommandogewalt“ im Reich zurückzuführen ist. Bei seinem idealen, hochgemuten Streben auf den verschiedensten Gebieten des Staatslebens trägt Kaiser Wilhelm II. der harten Realität der Dinge nicht immer ausreichende Rechnung. Wenn es für ihn gilt, ein ihm vorschwebendes Ziel zu erreichen, gibt es für ihn keine Schwierigkeiten materieller Art, die sich aber trotzdem an anderer Stelle bald in sehr fühlbarer Weise geltend machen. Kein Zweifel, daß die immer gesteigerten Anforderungen für See- und Marinezwecke vor allem aus der eigenen Initiative des Kaisers hervorgegangen sind. An den verantwortlichen Stellen war anscheinend nicht jederzeit der Wille oder die Kraft vorhanden, auf die finanziellen Konsequenzen mit ausreichendem Nachdruck hinzuweisen.“

Dieser heitere Versuch des Zentrums, die eigene Schuld auf einen anderen abzuwälzen, wird bei jedem Kundigen nur einem verständnisvollen Lächeln begegnen. So liegen die Dinge doch nicht, daß die bloße Initiative des Kaisers ausgereicht hätte, die Militärausgaben des Deutschen Reiches von 580 Millionen im Jahre 1888 auf 1265 Millionen im Jahre 1908 zu steigern, wenn ihm nicht die Bourgeoisie aus vollem Herzen dabei zur Seite gestanden hätte. Sind doch auch im vorausgegangenen Jahrzehnt diese Ausgaben von 420 Millionen im Jahre 1878 auf 580 im Jahre 1888 gestiegen, während die Initiative Wilhelms II. noch durchaus fehlte. Die Sache ist vielmehr die, daß die ständige Vermehrung und Verstärkung der bewaffneten Macht im Interesse der Bourgeoisie liegt. Deshalb hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstags die von Jahr zu Jahr steigenden Lasten bewilligt, zumal dabei stets Sorge getragen wurde, daß diese Lasten größtenteils vom Proletariat getragen werden. Die Armee in ihrer jetzigen Form ist vor allem eine Waffe der Bourgeoisie zur Niederhaltung des Proletariats. Wer's nicht glaubt, der sei daran erinnert, daß im Jahre 1874, als sich heftige Militärdebatten im Reichstage entsponnen hatten, der alte Kaiser Wilhelm es mit düren Worten aussprach: er wolle die Armee „als väterliches Vermächtnis für seinen Sohn und als kaiserliche Schutzwehr für Reich und Volk wider innere und äußere Feinde“ hinterlassen.

Die „inneren“ Feinde waren ihm die Hauptsache, sie stehen an erster Stelle. Wer aber sind denn diese „inneren“ Feinde? Das sind die Proletarier. Da haben wir das klare Eingeständnis, daß der erste und oberste Zweck der Armee ist, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu schützen. Und daß neuerdings in dieser Anschauung kein Wandel eingetreten ist, brauchen wir wohl nicht erst nachzuweisen.

An diese Tatsache kettet sich aber mit eiserner Notwendigkeit alles folgende. Ihr verdanken wir vor allen Dingen die grausame Disziplin in der Armee, die aus dem bewaffneten Mann ein willenloses Werkzeug seiner Vorgesetzten macht. Solch blinder Gehorsam ist notwendig, wenn man will, daß die Soldaten auf Befehl auch auf die eigenen Brüder, auf Vater und Mutter schießen sollen. Aber ganz selbstverständlich ist sie für die Wehrhaftigkeit und damit für die Landesverteidigung schädlich. Gerade in der jüngsten Zeit haben wir wieder von berufener Seite gehört, daß ein künstlicher Krieg sehr viel höhere Anforderungen als jeder frühere an die Intelligenz, die Selbständigkeit, die Entschlußkraft, die Willensstärke des einzelnen Mannes stellen wird. Und zu gleicher Zeit erzieht man die Soldaten in der Kaserne zu blinder Unterwürfigkeit, treibt ihnen jede Selbständigkeit und jedes Selbstbewußtsein aus! Das ist der Zwiespalt zwischen den Sonderinteressen der Bourgeoisie und den Interessen der Landesverteidigung. Das Sonderinteresse der Bourgeoisie erfordert eine blindlings gehorchende unterwürfige Armee: die Landesverteidigung erfordert selbstbewußte Männer, wie sie die Volkswehr liefern würde. Männer, die jeden ins Land dringenden Feind mit Begeisterung zurückwerfen würden, weil sie für ihre eigene Sache fechten.

Weil nun aber die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu ihrem Schutze eine solche stehende Armee braucht, wie wir sie gegenwärtig haben, und weil dabei die Interessen der Landesverteidigung viel zu kurz kommen, so ergibt sich daraus die weitere Notwendigkeit, das stehende Heer beständig zu vermehren und zu verstärken. — Es bleibt als einzige Garantie der Sicherheit die immer steigende Zahl der Soldaten übrig. Mit einer solchen Armee ist die Landesverteidigung nur gesichert, wenn wir stets mindestens ebenso viele Soldaten haben wie die anderen Staaten. Stellt Frankreich ein neues Bataillon auf, müssen wir womöglich zwei aufstellen; baut England zwei neue Schlachtschiffe, müssen wir wenigstens eins bauen. Und so ergibt sich das wahnsinnige Wettstreiten als notwendige Konsequenz unseres Heeresystems. Das Wettstreiten aber ist die Quelle unserer Finanzmiserie. Deshalb bleibe man uns vom Leibe mit den billigen Redensarten über Sparsamkeit. Es gibt nur eine wirkliche Sparsamkeit; es gibt nur eine Möglichkeit, unser Finanzwesen „auf eine andere Grundlage“ zu stellen, das ist die Sparsamkeit beim Militär, die Beseitigung des gegenwärtigen Heeresystems und die Einführung der Volkswehr. Daß dies nicht geschieht und daß infolgedessen die Finanzmiserie immer schlimmer wird, ist jedoch keineswegs Schuld einer einzelnen Person, sondern Schuld tragen die Herrschaftsinteressen der Bourgeoisie.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Anklage gegen Schücking.

Dem Blockreisinn hat all sein Sammern nichts genützt, die preussische Bureaucratie wird es sich nicht nehmen lassen, auf der politischen Ehre der verachteten Partei mit ihren Füßen herumzutampeln. Die „Frankfurter Zeitung“ teilt mit, daß die Anklageschrift gegen den Bürgermeister Schücking an dem Ziel der Amtsentsetzung festhält. Dabei haben alle Untersuchungen und Zeugenvernehmungen nicht im geringsten neues Material ergeben. Die Anklage baut sich nach wie vor ausschließlich auf die schriftstellerische Tätigkeit Schückings auf. Sie behauptet, daß der Angeklagte sich durch Unehrenerbietung gegen den Landesherrn (!) und gegen die Satzungen bestehender Gesetze und Anordnungen der Behörden unter wissentlichen und leichtfertigen Fälschungen sowie durch die persönlichen Beleidigungen der vorgelegten Dienstbehörden und der Inhaber anderer öffentlicher Ämter amtlich unwürdig gezeigt habe. Was den Inhalt der Anklage im einzelnen betrifft, so wird zunächst darin geleugnet, daß das Verfahren einen politischen Charakter gehabt habe. Inkriminiert ist ungefahr der ganze Inhalt des Buches über die Reaktion in Preußen. Es sind aber hier nicht nur vom Verfasser der Anklage die einzelnen beanstandeten Sätze des Buches aus ihrem natürlichen Zusammenhang gerissen, sondern sie sind durch Entstellungen, Fortlassungen und

Hinzufügungen einzelner Worte in ihrer Bedeutung vielfach verändert, daß der eigentliche Sinn nicht wiederzuerkennen ist. Hervorzuheben ist noch, daß dem Angeklagten vorgeworfen ist, er habe den König, dem er Treue geschworen, und andere deutsche Bundesfürsten mit Persönlichkeiten von minderwertigen Charaktereigenschaften gleichgestellt. — Sowohl die Angaben der „Frankf. Ztg.“ sind sie, woran kaum zu zweifeln ist, richtig, dann bedeuten sie die denkbar stärkste Demütigung, die dem Freisinn überhaupt zugemutet werden konnte. Es wird interessant sein, wie der Freisinn sich damit abfinden wird.

Die Reichsfinanzreform vor dem Bundesrat.

Der Bundesrat trat Freitag mittag zum ersten Male nach den Ferien unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen, an welcher die leitenden Minister und Finanzminister teilnahmen. Als erster Gegenstand stand die Reichsfinanzreform auf der Tagesordnung. Der Reichskanzler Fürst Bülow eröffnete die Sitzung mit einer längeren Ansprache, in der er auf die große innerpolitische und nationale Bedeutung der Verhandlungen hinwies und an die anwesenden Vertreter der verbündeten Regierungen die Aufforderung richtete, angesichts der unbedingten Notwendigkeit einer Neuordnung des deutschen Finanzwesens die Arbeiten mit allem Nachdruck zu fördern. Der königlich bayerische Vorsitzende im Ministerrat, Staatsminister Dr. Freiherr von Podewils erklärte namens der von ihm vertretenen Regierung seine volle Übereinstimmung mit den Darlegungen des Reichskanzlers, wobei er gleichzeitig die Einmütigkeit betonte, mit der die verbündeten Regierungen an die Lösung der bevorstehenden Aufgabe heranzutreten gewillt seien. Seinen Ausführungen schlossen sich die leitenden Minister von Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, sowie Vertreter weiterer Bundesstaaten mit entsprechenden und eingehenden Erklärungen an. Hierauf wurden die zur Reichsfinanzreform eingebrachten Gesetzentwürfe den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Köller geht.

Der Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen, Herr v. Köller, wird nicht erst mit Jahreschluß, sondern bereits am 15. Oktober, zunächst mit Urlaub, aus seinem Amte scheiden. Er gedenkt sich auf seine Besitzung Kammin in Pommern zurückzuziehen, um dort das Leben eines pommerischen Landjunkers, der er stets gewesen war, zu führen.

Die Wahl in Prenzlau-Angermünde

zeitigt jetzt schon recht hübsche Blüten. Wie man der „Berl. Volksztg.“ mitteilt, haben einzelne Ortsvorsteher die Listen zwar ausgelegt, sie konnten aber nicht eingesehen werden, weil die Ortsvorsteher vielfach während der Amisstunden auf dem Felde gewesen sind. Eine Beschwerde an den Landrat hat keinen Erfolg.

Die neuen Reichssteuern.

Weshalb die Regierung noch immer den Schleier des Geheimnisses über die kommenden Steuervorlagen deckt, ist schlechterdings nicht zu verstehen. Unter den Abgeordneten, die sich Abgeordneter Müller-Fulda und wenn nun die „Köln. Volksztg.“ in der Lage ist, Genaueres über die Finanzpläne mitzuteilen, so darf man wohl annehmen, daß das Blatt sich auf Informationen und nicht nur auf pure Vermutungen stützt. Die Mitteilungen des rheinischen Zentrumsblattes gehen dahin, daß als Belastung des Massenkonsums eine Erhöhung der Einnahmen aus Bier, Branntwein und Tabak mit rund 300 Mill. Mark in Aussicht genommen sei. Rechnet man hierzu die teilweise sehr hohen Erhebungskosten, welche gerade die Getränkesteuern fordern, und die Abfindungen, welche ein Branntweinmonopol, das in der Tat geplant sein soll, nötig macht, so käme man für diese drei Steuern allein auf eine Mehrbelastung der Konsumenten mit 350 Millionen Mark jährlich! Als Ausgleich für diese Belastung des Konsums der breiten Volksmassen sollen auch Luxussteuern: eine Weinsteuern und eine Steuer auf Gas und Elektrizität, beide zusammen mit einem Ertrag von etwa 70 Millionen Mark jährlich eingebracht werden. Damit auch der Besitz von den neuen Steuern erfaßt wird, soll außer der schon bestehenden Reichserbschaftsteuer, d. h. außer der Steuer auf die einzelnen Erbansätze, der bisher die Erbschaften der Kinder und Ehegatten nicht unterworfen waren, eine Nachlasssteuer von allem hinterlassenen Vermögen, gleichviel, an wen solches als Erbschaft übergeben werden. Diese Steuer soll etwa 120 Mill. Mk. jährlich beitragen, wovon jedoch ein beträchtlicher Teil als Erhebungskosten abgeht. Alle diese Steuern ergeben eine Gesamtbelastung von jährlich 540 Millionen Mark, von denen etwa 470 Millionen Mark netto in die Reichskasse gelangen würden; während 70 Millionen Mark jährlich für Abfindungen und Erhebungskosten dringenden. Außerdem soll noch zur Deckung des Steuerdefizites auf Zucker im Betrag von 2 Bfg. pro Kilo, welcher der Reichskasse einen Ausfall von etwa 40 Millionen Mark jährlich verursacht wird, eine Zuckerssteuer (Annoncen- oder Anzeigenssteuer) eingeführt werden, in Höhe von etwa 60 Millionen Mark, weil auch diese Steuer wieder besonders große Erhebungskosten erfordert. Diese Darstellung dürfte so ziemlich der Richtigkeit entsprechen. Die Hauptlast wird wieder auf die Schultern der breiten Massen gewälzt, denn die sogenannten Ausgleichssteuern, werden denen, die davon betroffen werden sollen, so wenig fühlbar als nur möglich gemacht werden.

Die Erziehungswahl in Speyer-Ludwigshafen.

Amliches Wahlresultat: Bei der am 15. d. Mts. stattgehabten Reichstagswahl im 1. Pfläzler Wahlbezirk Speyer wurden im ganzen 32 472 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Adjunkt Binder (Soz.) 19 293 und Gutsbesitzer Bubi (natl.) 12 165 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Die Schachermacher hinter den Kulissen.

Nachdem Herr Sydow die Führer der Konservativen und Nationalliberalen zu sich entboten hat, um ihnen seine Finanzreformpläne darzulegen, hat er jetzt auch die freisinnigen Kapazitäten in hoher Audienz empfangen. Die „Frei. Ztg.“ verkündet:

Über Besprechungen freisinniger Abgeordneter mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamt's Sydow sind in verschiedenen Blättern Angaben veröffentlicht worden, die den Tatsachen nicht ganz entsprechen. Die Besprechungen haben Anfang dieser Woche stattgefunden. Von der freisinnigen Volkspartei haben daran die Abgg. Fischbeck, Kämpf, Dr. Wiemer, von der freisinnigen Vereinigung die Abgg. Kommissen, Dr. Bachmick, Schradler, von der Deutschen Volkspartei Abg. Bayer teilgenommen.

Kopfschmerz und Müdigkeit waren nicht dabei.

Freisinnige Sparwut.

Die „Freisinnige Zeitung“ befaßt sich mit der im Reiche angeblich beabsichtigten Politik der Ersparnisse. Das Blatt wünscht, daß die Luxusausgaben beim Gardekorps beseitigt werden, daß man mit den Renommierschiffen, die in unserer Flotte enthalten sind, aufräumt, daß ferner bei Thronbesteigungen nicht eigene Gesandtschaften in der Welt herumgeschickt werden, um diesen höflichen Akt anzuzeigen, daß bei Bauten gespart werden soll und daß das behördliche Schreibwerk eingedämmt werden muß. — So schaut das Sparprogramm des Freisinns aus, was schlappig, wie der ganze Freisinn selbst. Die deutschen Steuerzahler würden bei Durchführung dieses Sparprogramms auch nicht einen Pfennig weniger Steuern zu zahlen haben. Überdies wird der sparsame Freisinn jeder Erhöhung der Ausgaben für Heer, Flotte und Kolonien zustimmen. Der Freisinn will sich vermutlich selbst anhängen, denn denkende Menschen glauben dieser korruptierten Sippe längst nichts mehr.

Bernstein bleibt in Deutschland.

Mit Bezug auf die Blättermeldung, Edward Bernstein werde nach London überfiedeln, teilt Genosse Bernstein selbst der Breslauer „Volksmacht“ mit, er denke gar nicht daran, Berlin zu verlassen. Die bürgerliche Presse hatte ihre aus den Fingern gefogene Nachricht mit der verlogenen Behauptung gewürzt, Bernstein wäre in Berlin von den Genossen ausgehungert worden.

Nach eine Folge der preussischen Polenpolitik.

Die Verschmelzung der polnischen Berufsvereinigungen (Sitz Bochum) mit dem Polnischen Verband (Sitz Posen) ist in einer dieser Tage in Bochum stattgefundenen gemeinsamen Besprechung der Vorstände beider Vereine endgültig vollzogen worden. Die neue Vereinigung führt den Namen „Zjednoczenie zawodowe polski“ (Polnische Berufsvereinigungen). Der Sitz ist nach Bochum verlegt. Das Organ des Posener Verbandes „Sila“ (Die Kraft) erscheint vom 1. Januar ab unter gleichem Titel als Organ des neuen Verbandes. Derselbe beabsichtigt eine intensive Hausagitation in Szene zu setzen. Namentlich in Posen und Westpreußen. Nicht zum letzten soll die Agitation sich gegen die freien Gewerkschaften wenden, die von den nationalpolnischen Heißspornen in geradezu frivoier Weise der Polenfeindlichkeit bezichtigt werden. Und das, obwohl Generalkommission und freie Gewerkschaften nichts unversucht lassen, und keine Mittel gescheut haben, den polnisch sprechenden Berufsgenossen in jeder Weise entgegenzukommen. Die mit immer neuen Mitteln arbeitende Haktatistengesellschaft hat aber die polnischen Arbeiter in eine derartige Erbitterung gebracht, daß sie mehr oder weniger gereizt, den unheimlichen Verdächtigungen gegen die „preussischen“ freien Gewerkschaften Gehör schenken. Der Vorstand der polnischen Berufsvereinigungen erklärt in polnischen Blättern bereits einen Aufruf, in dem zum Austritt aus den freien Gewerkschaften aufgefordert wird. Das wird die freien Gewerkschaften aber nicht hindern, sondern anspornen, den polnischen Arbeitern klarzumachen, daß ihre wahren Interessen nur innerhalb der klassenbewußten Arbeiterbewegung mit Erfolg vertreten werden können.

Die Verhältniswahl bei den Gewerbegerichten.

Der Reichstag hat am 11. März 1908 in einer Resolution dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß die Verhältniswahl bei den Gewerbegerichten als gesetzliche Regel eingeführt werde. In einer dieser Tage an sämtliche Regierungspräsidenten gesandten Verfügung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe werden diese ersucht, auf die Gemeindebehörden und Vertretungen der weiteren Kommunalverbände einzuwirken, damit der Grundsatz der Verhältniswahl, der bei den Kaufmannsgerichten bereits gesetzliche Regel ist, auch bei den Gewerbegerichten unter dem jetzigen Rechtszustande weitere Geltung erlange und dadurch den Wünschen, die in der Resolution des Reichstages zum Ausdruck kommen, Rechnung getragen werde. Der Minister weist darauf hin, daß bis jetzt nur bei einer geringen Zahl von Gewerbegerichten die Wahl der Richter statutenmäßig nach dem Verhältnisssystem festgelegt sei. Der Minister ersucht, das Weitere zu veranlassen und nach Verlauf eines Jahres zu berichten. Die Regierung beabsichtigt also — trotz des Beschlusses des Reichstages — nach wie vor in das Belieben der Kommunen zu stellen, ob sie die Verhältniswahl einführen wollen. Die gesetzliche, die obligatorische Einführung wird weiter hinausgeschoben.

Dänemark.

Albert's Spielverluste. Der Untersuchungsrichter kam nach Prüfung der Papiere Albert's zu dem Resultat, daß Albert's Verluste durch Spekulationen an der Londoner Börse im Zeitraum von 1891 bis September 1907 etwa sechs Millionen Kronen betragen. Albert hat die Richtigkeit dieser Annahme bestätigt.

Österreich-Ungarn.

Für das Landtagswahlrecht. Anläßlich der am 22. d. M. erfolgenden Eröffnung des Tiroler Landtages haben die Sozialdemokraten in ganz Tirol zahlreiche Versammlungen einberufen, um für das allgemeine Landtagswahlrecht zu demonstrieren.

Verbot der Demonstration. Die von den Sozialisten für Montag abend in Budapest geplante Demonstration für das allgemeine Wahlrecht wurde polizeilich verboten.

Rußland.

Eine sensationelle Verhaftung. Der Petersburger Millionär Roschkow ist verhaftet worden, weil sein

Haus den Revolutionären als Hauptquartier diente. Roschkow unterhält auch lebhaften Briefwechsel mit den ausländischen Revolutionären.

Die Cholera in Rußland. In der abgelaufenen Woche wurden in St. Petersburg und den Vororten 1456 Choleraerkrankungen und 439 Todesfälle gezählt, gegen 198 Erkrankungen und 53 Todesfälle in der Vorwoche. Seit Beginn der Epidemie am 6. September erkrankten 1653 Personen und starben 492. In den übrigen Cholera-gebieten kamen in der abgelaufenen Woche 3392 Erkrankungen und 1120 Todesfälle vor gegen 2465 Erkrankungen und 1120 Todesfälle in der Vorwoche. Im ganzen sind in Rußland seit Beginn der Epidemie 10 359 Personen an Cholera erkrankt und 4633 gestorben. — In Warschau wurde in der Grochmalan-Straße die erste choleraverdächtige Erkrankung an einer Frau konstatiert.

Persien.

Ein neuer Wortbruch des Schahs. Die für Sonnabend versprochenen Parlamentswahlen finden nicht statt. Starke Kosakentruppen durchziehen die Stadt, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Basare sind geschlossen.

Die Friedensdemonstration der Berliner Arbeiterschaft.

Eine Friedensdemonstration für den Weltfrieden veranstalteten gestern die Berliner Arbeiter in der „Neuen Welt“. Eine Deputation englischer Arbeiterführer, deren Namen wir bereits am Sonnabend veröffentlichten, überbrachte eine Friedensadresse an die deutsche Arbeiterschaft, die mit folgenden Worten beginnt: „Brüder, früher wurden Kriege gewöhnlich durch die dynastischen Streitigkeiten von Monarchen, die Intriguen und Fäulereien von Staatsmännern, religiösen Hader und Verfolgungen oder Klassenvorurteile verursacht. Einzig dieser Ursachen gibt es freilich noch immer als mächtige Quellen des Unheils, aber die unheilvollste Wirkung ist heute der Teil der Presse aus, den prinzipienlose Kapitalisten besitzen und beherrschen.“ — Die Adresse schildert dann die jahrelangen Versuche dieser Presse, Zwietracht zwischen Frankreich und England zu säen, Versuche, die ein für das Volk sehr drückendes Betrüben der beiden Länder veranlaßten. Die einzigen Personen, die aus dieser Verheerung Nutzen zogen, seien die Wucherer und Aneignungskapitalisten gewesen. „Die große Masse bezahlte und kämpfte, die besitzende Klasse heimste die Frucht ihrer unheimlichen Torheit ein.“ Schließlich nach Jahren unermüdblicher Arbeit sei der Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und England zustande gekommen, der ein Triumph für die Arbeiter beider Länder war. Sie war es, die trotz Hohn und Schmach den Weg zu dieser Verständigung bahnte. Was kann, fährt die Adresse fort, die Arbeiter Deutschlands und Britanniens hindern, zu tun, was Frankreich und Britannien getan haben. Zwischen Deutschland und England gibt es weder Streitigkeiten, noch Ursache zu Streitigkeiten miteinander. Immer weitere Fortschritte macht das Prinzip des Schiedsgerichtsverfahrens, immer enger werden die Bande der Völker. Wie auch die politischen, sozialen und religiösen Ansichten auseinandergehen mögen, einzig sind die Arbeiter der ganzen Welt in dem Glauben, daß der Friede die erste und unerlässliche Bedingung des Fortschritts ist. Stark in diesem Glauben wollen die englischen Arbeiter noch ein Glied an der Kette menschlicher Brüderlichkeit schmeiden und die Kette, welche das deutsche mit dem britischen Volk verbindet, so stark machen, daß die vereinigten Mächte der Zwietracht nicht imstande sind, sie zu zerreißen. Dann wird auch die drückende Bürde des Militarismus den Völkern erleichtert werden können. Monarchen und Staatsmänner mögen mit geringen Ausnahmen wirklich danach streben, den Krieg zu vermeiden, obschon sie über den Weg dazu oft sonderbare Ansichten haben. Aber was auch immer ihre Ansicht sein möge, die Erzeuger des Wohlstandes, die Arbeiter haben alle Ursache, blutigen Kämpfen zuzusehen. Denn sie sind nicht schuld an den Zwistigkeiten der Nationen, aber sie müssen die Kriegskosten bezahlen und ihr Blut vergießen. Mit einem Aufruf zur Verbrüderung der Arbeiter Englands, Frankreichs und Deutschlands schließt die Adresse. Die Massenversammlung im Lokal war schon morgens 9 Uhr derart besetzt, daß der Saal gesperrt werden mußte. Im Garten fanden sich im Laufe des Vormittags noch etwa 20 000 Arbeiter ein. Die Polizei hatte für ein großes Schutzmannaufgebot gesorgt, in den Kasernen war das Militär konzentriert, kurz, es war alles getan worden, um den freien Engländern die Herrlichkeit des preussisch-deutschen Polizeistaates zu zeigen. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des Genossen Legien. Als übergeordneter junger Genosse Eduard Bernstein. Die Ansprachen wurden gehalten von den Genossen Reichstagsabgeordneten Legien und Fischer sowie von den englischen Arbeiterführern Maddison, Shatketon, Appleton, Ellen und Kelley. Darauf gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die in den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei organisierte Arbeiterklasse Berlins begrüßt die Delegation der englischen Arbeiterklasse aufs herzlichste und nimmt die von ihnen überbrachte Adresse als Ausdruck der brüderlichen Solidarität entgegen. In voller Übereinstimmung mit dem englischen der politischen Vertretung der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands erklärt sie: „Das gemeingefährliche und verbrecherische Treiben bestimmter Kreise, zwei Kulturvölker, das englische und das deutsche, gegenseitig zu verheizen und zum Kriege aufzufachen, dient nur den unheimlichen Interessen und den kurzfristigen Interessen der ausbeutenden und herrschenden Klassen. Es steht im schroffsten Gegensatz zu der Bestimmung internationaler Brüderlichkeit der ausgebeuteten Massen aller Nationalitäten, welche durch die enge Solidarität der Interessen miteinander verbunden sind. Angesichts der Opfer an Gut und Blut, welche jeder Krieg in erster Linie den wertvollen Massen auferlegt, und der ungeheuren materiellen wie kulturellen Schädigung, welche er für die Gesamtheit des Volkes mit sich bringt; angesichts der weltverheerenden und weltpolitischen Zusammenhänge, denen zufolge jeder Konflikt zwischen zwei Nationen die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt; verpflichtet sich die heutige Versammlung, entsprechend der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart Hand in Hand mit der englischen Arbeiterklasse mit allen in Betracht kommenden Mitteln dahin zu wirken, daß der chauvinistische Geist überwunden und der Friede gesichert wird.“

Die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine Berlins veranstalteten am gestrigen Nachmittag gleichfalls eine Friedensdemonstrationsversammlung, in der englische Parlamentarier und Arbeiterführer sprachen.

Achtung vor Schwindlern!

Oeffentliche Bekanntmachung.

Einige ausländische Schwindler, die mit spanischen Verbrechern in Verbindung stehen, sind seit einiger Zeit auf den Triel verfallen, Briefe an Kaufleute aller Nationen zu schreiben und zwar unter Zuhilfenahme der internationalen Handelsregister. In diesen Briefen bitten sie die Adressaten, nach Spanien zu reisen, um eine hohe Summe in Banknoten, die sie von einem betrügerischen Bankrott unterschlagen hätten, retten zu können. Sie selbst befänden sich im Gefängnis und versprächen für die Hilfe den dritten Teil des geretteten Vermögens.

Diese und noch viele andere Vorspiegelungen werden unvorsichtigen Leuten gemacht. Um die Empfänger der Briefe zu überzeugen, werden auch vielfach Kopien von falschen Dokumenten beigelegt.

Die spanischen Behörden ersuchen daher die Reisenden, die aus diesem Grunde nach Spanien kommen, ihre Reise nicht weiter fortzusetzen, da alles, was diese Schurken schreiben, falsch ist.

Zu bemerken ist noch, daß die spanischen Behörden für alle Angaben, die zur Festnahme der Verbrecher führen können, sehr verbunden sind.

Die Oberpolizeidirektion.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstage unseres Genossen **K. Hinz, Woiwling.**
Mehrere Genossen.

Zu kaufen gesucht ein **Singernähmaschinen-Fuß.**
Ang. mit Preis u. S. K. an die Exp. d. Bl.

Zu verk. ein **Kinderwagen m. Gummir.**
Grüner Weg 6.
1 gut erh. Winter-Paletot für jung. Mann u. 1 Turner-Anzug billig.
Wochenzeitschr. 67.

Zu verkaufen umständehalber ein **Haus**, enthaltend 3 Wohnungen a 3 Zimmer und Küche sowie alles Zubehör.
Off. u. W. Z. an die Exped. d. Bl.

Gefund. ein Trauring in Stockelsdorf.
Abzugeben bei **Latter, Lohweg.**
Von Donnerstag vormittag an können 2. stellte **100 Pf.** u. **10 Pf.** abgeholt werden.
Wiedestraße 33.

Welche **Frau** wäscht einem alten Manne in der **Reiterstraße** die **Wäsche** mit.
Angeb. unt. **A. M. a. d. Exped. d. Bl.**

Sämtliche Kolonialwaren empf. in nur best. Qualität.
E. Ketelhohn, Adlersstr. 35.

Besonders schöne Hofbutter
Fund nur **1,25 Mk.** empfiehlt
Heinr. Wischendorf, Königsstr. 88.

Aepfel das Pfd. von 5 Pfg. an.
Fr. Karstens, Bülowstr. 11.

Eimerbier
von heute nur **Montags** nachm. 5-8 Uhr.
Gleichzeitig empfehle **fr. Brauambier**, hochf. Doppel-Malzbier aus bestem Malz und Hopfen gebraut, **fr. Kulmbacher** in Flaschen u. Gebinden, gut abgef. engl. Porter.
St. Gertrud-Brauerei H. Hochbaum.
Femiprecher 1194.

Weil ein **frischer Waggon** eintrifft, den Rest der
Zwetschen
spottbillig. Sehr schöne Äpfel sehr preisw.
Warlesgrube 64.

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeiter, Fünfschulz 13

Uhren einzusetzen **1.50 Mk.**
Taschenuhr reinigen **1.50 Mk.**
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königsstraße 62, b. d. Hühnerstraße
Gebe rote Rabatmarken.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und recht bei
Markt Otto Albers Kohlen.
4. 10.
1. B. komplett Betten von **12.50 Mk.** an, Federn pr. St. von **45 Pf.** bis **4 Mk.**
OO Rote Lubeca-Marken. OO

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“)-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechzehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der Lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwicklung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

„Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtnis der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der Lübschen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten“ schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit“.

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den **Mk. 3.00** oder broschiert Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von **Mk. 5.00** auf **Mk. 3.00** v. **Mk. 4.00** auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteurs, Zeitungs-austrägern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, Johannisstrasse 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

In der **Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei Paul Fleming** finden Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sicherste Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird. — Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften **ausdrücklich obige Fabrikate** und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die **Brauerei Engelsgrube 62.**

Eimerbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6-9 Uhr.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Winter-Lehrplan 1908/09.

Dienstags: **Deutsche Sprache.**

Mittwochs: **Vortragskursus** (I. Versicherungsgesetzgebung).

Donnerstags: **Stenographie** (Stolze-Schrey).

Die Vortragskurse umfassen Versicherungsgesetzgebung, Wirtschaftslehre und andere Wissensgebiete.

Beginn der Kurse am Dienstag, den 29. September 1908.

Unterrichtsort: **Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.**

Lehrstunden: **Abends von 8 1/2-10 Uhr.**

Eintrittsgeld und Monatsbeitrag je 30 Pfg., außerdem hat jedes neu-eingetretene Mitglied eine zur Teilnahme an allen Unterrichtsfächern berechtigte Unterrichtskarte im Preise von **Mk. 1.-** zu lösen.

Anmeldungen am **22., 23. und 24. September**, abds. v. **8-9 Uhr**, im Vereinshaus.

Der Vorstand.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum Ball

am **Montag, den 5. Oktober 1908**
im „**Vereinshaus**“, **Johannisstrasse 50-52.**
Anfang **8 Uhr.** Ende **4 Uhr.**

Eintritt **50 Pf.**, eine Dame frei. Einzelne Dame **20 Pf.**, wofür Garderobe.
Das Komitee.

Martin Bath, Schuhmacher
Schöntampstr. 36, Hinterhaus links.
Schuhwaren-Reparatur- u. Maß-Geschäft.



Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meierei-Butter
kostet Pfd. **1.40 Mk.**

Verammlung

für sämtliche bei den Holzspeiditeuren beschäft. Arbeiter
am **Montag, den 22. Sept.**,
abends **8 1/2 Uhr**

im **Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.**
Tagesordnung:

Beratung des Lohntarifs.

Das Erscheinen sämtlicher Arbeiter ist notwendig.

Mitgliedsbücher vorzeigen.

Der Vorstand.

Hansa-Theater

Telephon 384.

Gastspiel

Job-Classen.

Heute **Montag, den 21. Septbr.**

Anfang **punkt 8 1/4 Uhr.**

Nur **Amalige** Aufführung!

Tränen werden gelacht.

Sie will Einen.

Schwank mit Gesang in **3 Akten.**

Vorverkauf bei **Sager** bis **5 Uhr.**

Nächste **Novität:**

Ein dreieckiges Verhältnis.

Internationale sozialistische Konferenzen.

Vom internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel

erhalten wir folgende Bekanntmachung:
Nachdem wir vorher die angeschlossenen Parteien befragt haben und in der Absicht, dem Wunsche des größeren Teiles der Delegierten nachzukommen, haben wir uns veranlaßt, die 10. Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus auf den 11. Oktober ds. Js. (Sonntag) um 9 Uhr morgens im Volkshaus, Saal Nr. 1, festzusetzen.

Nicht Fragen sind bis jetzt in die Tagesordnung dieser Sitzung aufgenommen worden.

1. Die Frage über die Aufnahme in das Bureau und über die Zulassung zu den Kongressen der nichtsozialistischen Gruppen. (Der Diskussionsantrag ist von der Britischen Sektion gefaßt worden.)

2. Über das gemeinsame Vorgehen der Proletariat und Sozialisten der betreffenden Länder, um europäische und Kolonialkonflikte zu verhüten, mit denen uns die Regierungen dieser Länder, sei es durch ihr Einverständnis, ihre Zwietracht oder ihre Intrigen, bedrohen. (Antrag der Französischen Sektion.)

3. Das Bureau kommt periodisch wenigstens zweimal im Jahre zusammen. (Vorschlag der Britischen Sektion.)

4. Jede angeschlossene Sektion oder Partei zahlt ein Minimum von 100 Francs für jede Stimme. (Vorschlag des Exekutivkomitees, das im Auftrage des Bureaus ein Verzeichnis für die mit der Stimmendeckung in Übereinstimmung zu bringenden Beiträge aufzustellen hatte.)

5. Die Verteilung der Stimmen, wonach Ungarn und Schweden je 12 Stimmen bekommen.

6. Die Aufnahme der demokratischen Partei in Chile.

7. Die Frage der sozialistischen Zionisten.

8. Die Frage der französischen Vertretung.

Infolge der in Stuttgart angenommenen Resolutionen findet jedes Jahr nach der Sitzung des Bureaus eine Versammlung statt, zu der alle Mitglieder der parlamentarischen Gruppen zugelassen werden, deren Parteien angeschlossene sind. Deshalb rufen wir auf den 12. Oktober (Montag) im Weißen Saale des Volkshauses die dritte Versammlung der interparlamentarischen Kommission zusammen.

Nur eine Frage ist uns von den vorhergehenden Versammlungen hinterlassen worden. Sie betrifft die Beziehungen zwischen den bürgerlichen Friedensligen und den sozialistischen Organisationen. Aber wie schon auf der Versammlung der Sekretäre der parlamentarischen Gruppen in Stuttgart verabredet wurde, werden die Versammlungen der Kommissionsmitglieder ebenfalls zur Aufgabe haben, in allgemeinen Zügen eine Übersicht darüber zu geben, was auf dem Gebiet der sozialistischen parlamentarischen während der letzten Session geleistet worden ist. Wir bestehen darauf, daß die parlamentarischen Gruppen auf dieser Versammlung wenigstens von einem Delegierten vertreten werden.

Zuletzt, dem Beschlusse gemäß, der auf der Versammlung der sozialistischen Journalisten während des Stuttgarter Kongresses gefaßt wurde, ist dem Wunsche Ausdruck gegeben worden, daß die sozialistischen Zeitungen darüber Vorschläge machen sollten, wie ein besserer Informationsdienst zwischen

unseren Presorganen einzuführen ist und daß zu diesem Zwecke auch eine Versammlung einberufen werde. Einige Mitglieder hatten sogar vorgeschlagen, eine Versammlung Ende 1907 in Brüssel zu halten, aber diese Idee konnte nicht realisiert werden. Wir benutzen daher die Gelegenheit, welche uns die Sitzung des internationalen Bureaus bietet, und rufen zur Fortsetzung des Meinungsaustausches über diese Frage, die schon in Stuttgart aufgeworfen wurde, eine Versammlung zusammen, die den 10. Oktober, 10 Uhr morgens, im Weißen Saal des Volkshauses stattfinden wird. Diese Konferenz wird keinen offiziellen Charakter haben. Sie wird aus Delegierten bestehen, die aus die Presorganen der angeschlossenen Parteien schicken werden mit dem Auftrage, diese Frage gemeinschaftlich mit den Kollegen anderer Länder zu studieren und zu ermitteln, wie nach Möglichkeit die schädliche Wirkung zu schwächen ist, die durch die Ausbreitung von tendenziösen Nachrichten von den offiziellen Agenturen hervorgerufen wird.

Das Exekutivkomitee des I. S. B.
und der I. R.
Ed. Anseele, P. Furnemont,
Em. Vandervelde,
Cam. Huysmans (Sekretär).

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Eigenbericht des „Lübecker Volksbote.“)

C. B. Nürnberg, den 18. September 1908.
(Zweiter Tag, Nachmittagsitzung.)

In der Nachmittagsitzung, die Dorn-Nürnberg eröffnete, kam der Punkt „Die Sozialpolitik und der neue Kurs“ an die Reihe.

Referent Molkenbuhr: Im Reich herrscht jetzt der Block und es gibt Leute, die meinen, nun sei eine goldene Zeit für die Sozialpolitik herangebrochen. Die bisherigen Blockfrüchte zeigen aber bereits, daß diese Anschauung eine irrige ist. Gerade jetzt unter dem Blockkurs ist Dr. Tille im Saarrevier auf den Gedanken gekommen, eine reine Arbeiterpartei zu gründen. Das ist keine plötzliche Schrägstrich-Idee, sondern entspricht durchaus der gegenwärtigen Situation. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat das Geld für die Dorn-Nürnberg-Wahlen wahrlich nicht gegeben, damit Sozialpolitik getrieben wird, sondern damit sie verhindert wird. (Sehr wahr!) In der Tat ist zu keiner Zeit so wenig auf dem Gebiet der Sozialpolitik getrieben wie jetzt. Noch mehr: keine Zeit neuerlicher deutscher Politik war so arm an sozialpolitischen Errungenschaften, als die Zeit der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow. (Zulim.) Und das trotz aller Umwälzungen, die die großen technischen und chemischen Erfindungen zur Folge gehabt haben, trotz der gewaltigen Konzentration des Kapitals, die sich genau entsprechend der Lehre Karl Marx vor allem in der großen Eisenindustrie vollzogen hat. An die Stelle des persönlichen Eigentümers ist die Aktiengesellschaft getreten. Wir haben in Deutschland bereits 5061 Aktiengesellschaften, mit anderen Worten, das unpersonliche Kapital ist an die Stelle des einzelnen Arbeitgebers getreten. Damit ist ein wichtiger Faktor aus der Produktion ausgeschaltet und dem liberalen Wirtschaftsprinzip ist ein schwerer Schlag versetzt worden. Der einzelne Unternehmer kann noch menschenfreundlich sein, das unpersonliche Kapital ist es nicht mehr. (Sehr richtig!) Neben den Aktiengesellschaften sind die Kartelle und die Syndikate entstanden. Auch der schärfste Bekämpfer ihrer Preispolitik muß zugeben, daß die Kartelle und Syndikate notwendige Gebilde unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind. Welche Bedeutung sie für unsere Produktion haben, beweist das Kohlenyndikat im Ruhrrevier, das allen Wirtschaftskreisen zum Trotz den Kohlenpreis

von 5,50 Mt. auf über 10 Mt. pro Tonne erhöht hat. Dabei stellt diese Preissteigerung noch nicht einmal den gesamten Mehrertrag des Kartells dar, da die Verarbeitung der Nebenprodukte in früher ungeachteter Weise zugenommen hat. Diese Steigerung der Produktion rechtfertigt auch eine Steigerung des Anteils der Arbeiter am Gewinn. Nun gibt es viele, die nach Antikartellgesetzen schreien und es ist zuzugeben, daß die Kartelle in eine Wirtschaftsordnung nicht hineinpassen, die die freie Konkurrenz auf ihre Fahne geschrieben hat. Aber wir müssen sagen, daß der Glaube töricht ist, man könne mit Gesetzesbestimmungen eine Entwicklung aufhalten. Den Arbeitern bleibt als einziges Kampfmittel die Organisation übrig. Die Arbeiterorganisationen sind denn auch rasch gewachsen, was allerdings auf der anderen Seite die Gründung zahlreicher Arbeitgeberorganisationen zur Folge gehabt hat. Wir können getrost sagen, daß heute eine ganze Kapitalisten-Verschöpfung gegen die Arbeiterklasse besteht. Der Klassenkampf beschränkt sich heute nicht mehr auf die Handarbeiter, er hat sich ausgedehnt auf die Kopfarbeiter. Ich erinnere an den Kampf gegen die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, der von Augsburg ausgegangen ist, an das Vorgehen des bayerischen Metallindustriellenverbandes gegen organisierte Angehörige des sog. neuen Mittelstandes. Die Proletarisierung dieses neuen Mittelstandes macht ungeheure Fortschritte. Es ist freilich zuzugeben, daß die schärfsten Mittel immer noch nur gegen die Arbeiter angewandt werden. Ich erinnere nur an die großen Ausperrungen und an die Streiks, die aus egoistischen Interessen oft geradezu provoziert werden. Ich behaupte, daß die Kohlenbarone 1906 und 1907 die Kohlenpreise nicht hätten erhöhen können, wenn es ihnen 1905 nicht gelungen wäre den Bergarbeiter-Streik zu provozieren. (Sehr richtig!) Nicht überleben werden darf der große politische Einfluß, den die im Zentralverband organisierte Schwerindustrie hat. Der Zentralverband hat die letzten Wahlen bezahlt, er hat feinerzeit dem Grafen Bogdanowitsch die 12 000 Mt. gegeben und er hat ihn später einen Verbündeten der Sozialdemokratie genannt. Überhaupt kann man sagen, daß die Stellung des Zentralverbandes zur Regierung maßgebend ist für den sozialpolitischen Kurs. Wenn trotzdem in Deutschland ein wenig Sozialpolitik getrieben ist, so war einzig und allein die Sozialdemokratie die Treiberin. Nicht aus Liebe zu den Arbeitern, sondern aus Furcht vor der Sozialdemokratie wird bei uns Sozialpolitik gemacht. (Sehr wahr!) Es ist wirklich nicht viel, ja es gibt Kreise, denen selbst das noch zu viel ist. Deshalb wollen sie die Selbstverwaltung der Krankenkassen erdrücken, um die Mindestleistungen herabzusetzen, und deshalb der Kampf gegen den Versicherungszwang für die Privatangehörigen. Man will die Versicherung den einzelnen Betrieben überlassen, was nicht mehr und nicht weniger heißt, als den Privatbeamten eine Fesseln anzulegen. (Sehr wahr!) Die vor längerer Zeit verabschiedete Seemannsordnung enthält die erste reichsgesetzliche Einführung des Achtstundentages. Bei Fahrten auf hoher See, in den Tropen usw. darf nur acht Stunden gearbeitet werden. Ich meine, was auf der See möglich ist, sollte auch auf dem Lande möglich sein. Dazu kommt eine so gewaltige Steigerung der Produktivität, der Ausbeutung, daß wenigstens in unserer Großindustrie der Achtstundentag sehr wohl durchgeführt werden könnte. (Sehr wahr!) Wir können das der Großindustrie zahlenmäßig beweisen, da die Betriebsstatistik uns einen genauen Einblick in ihre Karten ermöglicht. Trotz der gestiegenen Preise der Produkte ist der Lohn der gleiche geblieben. Die Ausbeutung muß also zugenommen haben oder, mit anderen Worten, die Arbeitszeit kann ohne Schädigung der Industrie verkürzt werden. Wie verhalten sich nun die Blockparteien zu den Forderungen der Arbeiter? Das, was sie im Reichstag an Anträgen eingebracht haben, ist samt und sonders aus früheren sozialdemokratischen Anträgen abgeschrieben. Und früher haben die bürgerlichen Parteien gegen diese unsere Anträge gestimmt. (Hört! Hört!) Ich nehme das Zentrum nicht an, das sich auf die von ihm angeregte Witwen- und Waisenerverorgung so viel einbildet. Im letzten Jahre haben 43 Millionen Mark aus den überschüssigen der Getreidezölle hierfür zurückgelegt werden müssen. Was kann man mit dieser Summe anfangen? Eine Witwen- und Waisener-

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstäcker.

(54. Fortsetzung.)

„Noch mehr, es ist ein braves, liebes Kind,“ sagte Christian treuherzig, „und heute — heute hab ich von ihr die Antwort auf meinen Antrag erhalten.“

„Und können sie nun nicht lesen,“ bemerkte von Bick etwas boshaft.

„Heute tut mirs zum erstenmal leid,“ sagte Christian tief erdrönd, „daß meine Eltern nicht imstande waren, mir eine ordentliche Erziehung zu geben, aber,“ setzte er dann entschlossen hinzu, „das hat nichts zu sagen, noch ist es nicht zu spät, und mit Fleiß und Ausdauer kann ich doch vielleicht noch manches nachholen.“

„Und der Brief?“

„Daß Sie mir den einmal ordentlich vorlesen,“ sagte Christian, „darum wollte ich Sie bitten. Ungefähr krieg' ich schon heraus, was drinnen steht, aber ich möchte es doch gern ganz genau wissen, und Sie versprechen mir dabei, nicht wahr, daß Sie keinem Menschen weiter ein Wort über den Inhalt sagen?“

„Lieber Helling,“ sagte von Bick lächelnd, „ich dachte, darin kennen Sie mich! Das ist eine Sache, die niemandem weiter etwas angeht, und wenn wir beide das wissen, ist es schon völlig genug, also der Brief?“

Christian sagte kein Wort weiter, sondern nahm nur den Brief aus der Brusttasche seiner Jacke und gab ihn in Bick's Hände. Er war erbrochen und nur wieder zusammengefallen, Christian mochte wohl schon eine Weile allein darüber lübeln haben. Von Bick entfaltete ihn rasch und überflog die Zeilen vorher flüchtig mit den Blicken. Der Brief lautete:

„Lieber Christian!

Ich habe Dir neulich Antwort versprochen und will jetzt mein Wort halten. — Heute abend bin ich zu Doktor Spiegel eingeladen, aber morgen bin ich mit den Eltern zu Hause. Um acht Uhr essen wir. Vater läßt Dich bitten, zu kommen.

Es grüßt Dich freundlich

Suzanna.“

„Nun?“ sagte Christian gespannt, während er mit den Blicken an seines Mietsmanns Lippen hing.

„Ich gratuliere,“ erwiderte von Bick lächelnd und ließ ihm die Zetten laut und langsam vor. „Verlangen Sie noch mehr — eine Einladung zu den Schwiegereltern.“

Christians Gesicht war wie verklärt. Er nahm den Brief wieder an sich, betrachtete die Schriftzüge, die er nicht imstande gewesen war zu entziffern, noch einmal mit leuchtenden Blicken, faltete den Brief dann wieder zusammen und sagte, Bick die Hand reichend und herzlich drückend:

„Ich danke Ihnen tausendmal. Sie haben mir heute eine große Freude gemacht, und — und wissen Sie was, ich — ich möchte heute nichts mehr arbeiten und den Tag ordentlich feiern, wie einen Sonntag, ist es doch der wichtigste meines Lebens. Machen Sie mir deshalb die Freude und essen Sie heute Mittag mit mir.“

„Aber, lieber Helling,“ sagte von Bick, wirklich verlegen.

„Ich möchte gern heute eine Flasche Wein trinken,“ fuhr der junge Wandwerker, wärmer werdend, fort, „recht guten Wein — oder auch zwei, ich muß mir überdies auf morgen abend Kurage trinken,“ setzte er gutmütig lächelnd hinzu, „und allein schmeckt so was nicht. Ich muß jemanden dabei haben, gegen den ich mich ansprechen kann, und der zugleich begreift, weshalb ich so glücklich bin, wollen Sie heute mittag mein Gast sein?“

„Und warum nicht?“ lächelte von Bick, der sich grundsätzlich nie eine Gelegenheit entgehen ließ, ein gutes Glas Wein zu trinken, indem er in die gegen ihn ausgestreckte Hand einschlug.

„Brav!“ sagte Christian vergnügt, „und jetzt geh' ich hinunter und sehe danach, daß das Notwendigste besorgt werde. Um zwölf Uhr aber hol' ich Sie ab. Ist Ihnen das recht?“

Als sein Mietsmann ihm zumickte, drehte er sich vergnügt auf dem Absatz herum, hob den indes wieder zusammengefalteten Brief in seine Brusttasche zurück und verließ, Glück und Seligkeit im Herzen, mit raschen Schritten das Zimmer.

Nicht so zufrieden und ruhig ließ er seinen Mietsmann zurück, der, als sein Schritt schon lange auf der schmalen, knarrenden Treppe verhallt war, noch immer, wie er ihn verlassen, und mit verchränkten Armen in der Mitte der Stube stehen geblieben war. Auch das freundliche Lächeln, das seine Lippen in Gegenwart seines Wirtes umspielte, hatte sich

verloren und einem fast finster unheimlichen Ernst Platz gemacht, waren es doch auch wilde, häßliche Gedanken, die ihm das Hirn durchzuckten, tolle Pläne und Ideen, die sich herüber und hinüber kreuzten.

„Das ist eine schöne Geschichte,“ brummte er endlich halblaut und finster vor sich hin, „eine saubere Besserung, in die ich hineingeraten bin. Das gerade hat noch gefehlt, meinem Unglück die Krone aufzusetzen. Johnson fort, durchgegangen mit den letzten Pfunden, die ich mein eigen nannte, und was soll nun werden? Die Sache bei Lichtes scheint dabei rasend schnell vorwärts zu gehen, und ich fürchte fast, ich bin selber mit meiner Eile schuld daran. Daß sie den Burjchen schon auf morgen einladen, ist jedenfalls ein böses Zeichen. Suzanna hält allerdings ihr Wort, vertauselte Dirne, wie sie den Laffen da bei der Nase herumführt, was aber wird die sagen, wenn sie erfährt, daß auch mit mir nicht alles so ist, wie es eigentlich sein sollte, und wie sie es erwartet. Und erfahren muß sie es ja doch einmal, jetzt oder später. Das aber ist die letzte Hoffnung.“ setzte er plötzlich rasch entschlossen hinzu, „der alte Bische hat Geld, viel Geld, und bin ich erst einmal sein Schwiegerohn, ei zum Henker, dann muß er auch mit dem Metall herausrücken, er mag wollen oder nicht. Was der alte Salunke übrigens mit den Steinkohlen für eine feine Nase hatte, und dieser Schuft, dieser Johnson, man kann doch wahrhaftig seinem eigenen Bruder nicht einmal mehr trauen!“

Herr von Bick ging, mit dieser moralischen Enttäuschung auf den Lippen und auf den Rücken gelegten Armen, in raschen Schritten noch eine ganze Weile im Zimmer auf und ab. Seine Verhältnisse erforderten allerdings, wie es gerade mit ihm stand, einiges Nachdenken. Auch die Sache mit Suzanna, so erwünscht sie ihm in einer Hinsicht sein mochte, hatte doch auch gerade in diesem Augenblicke wieder einen nicht unbedenklichen Haken, wenn es ihm nämlich nicht gelang, auf einer Seite Geld zu den notwendigsten Ausgaben zu erheben, aber wo? Bei Doktor Spiegel hatte er sich das Spiel verdorben; der Doktor war allerdings leichtgläubig genug, aber selbst Bick zweifelte daran, daß er sich auf die wie es schien verunglückte Kohlenpekulation hin einer neuen Steuer unterziehen würde. Die Kaulente in Adelaide, mit denen er in Verbindung stand, wußten alle, daß er Getreide aufgekauft, den meisten war er sogar selber Geld schuldig, der neu angekommene Doktor Schreiber vielleicht? — mit dem war er doch noch zu wenig bekannt, auch hatte der

